

# Unerfüllte Friedensversprechen in Guatemala

*Ehrgeizige Ziele – bittere Realitäten*

Von unserem Korrespondenten in Zentralamerika, Richard Bauer

Vor zehn Jahren ging in Guatemala der blutigste aller Bürgerkriege in Zentralamerika zu Ende. Die Guerilla wurde entwaffnet, die Armee reduziert. Mit den Friedensverträgen wollte man eine gerechtere Gesellschaft und eine neue multikulturelle Nation begründen. Noch heute liegen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

## Guatemala-Stadt, im Dezember

Als Nachzügler in Zentralamerika hat Guatemala erst am 29. Dezember 1996 seinen internen bewaffneten Konflikt mit der Unterzeichnung des «festen und dauerhaften Friedens» zwischen Regierung und Linksguerilla beigelegt. Sechs Jahre lang wurde verhandelt und gefeilscht. Zuvor schon hatten 1990 in Nicaragua die Bürger an den Urnen dem revolutionären Experiment der Sandinisten ihre Gefolgschaft verweigert, und 1992 hatten sich in El Salvador die kriegsmüden Parteien auf ein Ende der Feindseligkeiten geeinigt.

## Mehr Rechte für die Maya

Unbestritten ist, dass von allen Friedensabkommen in Zentralamerika dasjenige Guatemalas das umfassendste ist. Ein europäischer Diplomat meint sogar, das 250 Seiten dicke Vertragswerk mit seinen 450 Detailbestimmungen sei weltweit einmalig, weil es alles und jedes zu regeln trachte. Den Konfliktparteien, vor allem den Sozialrebellen innerhalb der Guerillabewegung und ihren Sympathisanten in der Gesellschaft, ging es nicht nur um das Ende des Mordens und Brandschatzens sowie die Entwaffnung und Wiedereingliederung der Guerilleros. Darüber hinaus hatte man den Ehrgeiz, ein Entwicklungsprogramm für eines der ärmsten Länder Lateinamerikas zu entwerfen und einen neuen Contrat social für eine zutiefst gesplante Gesellschaft zu unterschreiben. Man wollte wegkommen von der «Patria del Criollo», der von Mischlingen beherrschten Republik. Den indigenen Völkern, allen voran den Maya, sollte ihr gleichberechtigter Platz in der Gesellschaft gesichert werden.

«Terminar la guerra, traicionar la paz» (Den Krieg beenden, den Frieden verraten) titelt pointiert und mit unverblümt pessimistischem Unterton der Jesuitenpater Juan Hernández Picó seinen Wälzer, in dem er als akribischer Zeitzeuge die Geschichte der ersten Nachkriegsjahre mitschrieb. Die beiden Präsidenten Alvaro Arzú und Alfonso Portillo, die zwischen 1996 und Anfang 2004 regierten, verdienen in seinen Augen wenig Anerkennung, was die Erfüllung der Friedensverträge angeht. Für Picó sind diese aber das eigentliche Rückgrat für ein neues, demokratisches Guatemala. Er wirft den Politikern aller Schattierungen vor, den Verträgen wohl ihre Reverenz zu erweisen, darüber hinaus aber herzlich wenig zu unternehmen, um diese in die Tat umzusetzen. Diese Erfahrung machten noch und noch die sich ablösenden Diplomaten und Experten der über 10 Jahre im Lande weilenden Uno-Mission Minugua. Deren Hauptaufgabe war es, die Einhaltung und Erfüllung der Friedensverträge zu überwachen.

## Armut und Ausgrenzung

Zehn Jahre Frieden haben aus Guatemala noch kein neues Land und aus dessen Gesellschaft keine wesentlich andere gemacht. Wohl hat sich das Antlitz der Hauptstadt stark verändert. Das Weichbild prägen heute unzählige glitzernde Hochhäuser, die in den Geschäfts- und Residenzvierteln wie Pilze emporschiessen. Auf den Strassen dominieren – neben einer Legion stinkender ausgemusterter Schulbusse aus den USA – vor allem luxuriöse Wagen der «Suburban»-Klasse und potente Geländefahrzeuge. Auch der Zustand der Überlandstrassen ist trotz den Schäden des Hurrikans Stan vom Oktober 2005 nicht wiederzuerkennen. Doch in den wild wuchernden Vorstädten und auf dem Land sind Armut und Elend allgegenwärtig. Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von rund 2000 Dollar steht Guatemala besser da als etwa Honduras oder Nicaragua. Aber auf dem «Index der Humanentwicklung» der Uno-Entwicklungsorganisation bildet das Land zusammen mit Haiti das Schlusslicht aller Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut. Analphabetismus ist vor allem bei Frauen in ländlichen Regionen nach wie vor verbreitet. Zehn Jahre seien eine kurze Zeit in der Entwicklung eines Landes, sagt Peter Luhmann, der lokale Chef der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Neben der Armutsbekämpfung und dem Abbau sozialer Gegensätze sieht er als wichtigste Herausforderungen für das Land den unentwegten Kampf gegen den real existierenden Rassismus und den wenn auch langsamen Aufbau einer aus verschiedenen Kulturen zusammengesetzten Gesellschaft.

## Hypotheken der Gewalt

Der auch im internationalen Vergleich ausserordentlich blutige Konflikt hatte 36 Jahre gedauert und insgesamt 200 000 Todesopfer gefor-



Mitglieder von guatemaltekischen Banden im Gefängnis El Payón in Escuintla.

DANIEL LECLAIR / REUTERS

dert. Eine offizielle Wahrheitskommission sprach 1999 unumwunden von einem Genozid, der stattgefunden habe. Von der Weltöffentlichkeit, aber auch von der Bevölkerung in Guatemala-Stadt, wurde er weitgehend ignoriert, weil es sich um einen Krieg niedriger Intensität in abgeschiedenen Gebieten handelte und die guatemaltekischen Medien, teils aus Angst, teils aus Komplizenschaft mit Regierung und Militär, schwiegen.

Die Leidtragenden waren vor allem die seit je unterprivilegierten Maya im Hochland von Guatemala. Die nördlichen Departamente El Quiché, Huehuetenango und Alta Verapaz gehören auch heute noch zu den Regionen mit dem tiefsten Index der «Humanentwicklung». Es sind genau die Gebiete, wo die Armee vor allem in den achtziger Jahren mit besonderer Brutalität gegen die Bauern vorging, weil man sie der Sympathien für die Guerilla verdächtigte. Hier fanden auch die meisten der insgesamt 669 bekanntgewordenen Massaker statt. Noch heute ist die Landverteilung so ungerecht wie eh und je. 2 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Guatemalas verfügen über 56 Prozent des nutzbaren Bodens, während sich 48 Prozent der Betriebe in 3 Prozent des Produktionsfläche teilen müssen.

Die Liste der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Postulate, die im eigentlichen Friedensvertrag und in nicht weniger als elf Teilabkommen enthalten sind, ist lang, sie alle zu erfüllen eine titanische Aufgabe. Die seit knapp drei Jahren amtierende rechtskonservative Regierung Berger hat den Friedensverträgen neuen Sauerstoff zugeführt. Schon Äusserlichkeiten zählen: Eine ganze Reihe von hohen und mittleren Regierungsposten sind mit Indígenas besetzt. Ein Programm zur materiellen Entschädigung und moralischen Wiedergutmachung von Bürgerkriegsopfern ist unterwegs. Einen Meilenstein bedeutet zudem das Mitte 2005 auf Betreiben der Regierung vom Parlament verabschiedete Rahmengesetz zu den Friedensverträgen. Erstmals erhalten diese Gesetzesrang, und die Regierungen, ungeachtet ihrer politischen Couleur, sind verpflichtet, für deren Umsetzung zu sorgen.

## Entmachtete Armee . . .

Als die Verträge ausgehandelt wurden, sei man von einer maximalistischen Vision ausgegangen:

Man habe den Staat neu definieren wollen, um die Ursachen zu beseitigen, die dem ganzen Konflikt zugrunde lagen, sagt Ricardo Stein, der Beauftragte der Regierung für die friedensfördernden Massnahmen. Selber war er kurz nach Friedensschluss an der Repatriierung von Flüchtlingen – namentlich aus Mexiko – und der Rückführung interner Vertriebener des Bürgerkriegs beteiligt gewesen. Jetzt sitzt er an einer Schaltstelle, die im Rahmen des neuen Gesetzes für die beschleunigte Umsetzung der Vertragsbestimmungen sorgen soll. Es gehe nicht nur darum, einzelne festgeschriebene Ziele zu erreichen, sondern umfangreiche Prozesse zur Veränderung der Gesellschaft und des Staates in Bewegung zu setzen und dabei nicht nur dem Buchstaben, sondern dem Geist der Verträge nachzuleben.

Als Beispiel nennt Stein die Armee, die seit dem Sturz von Präsident Arbenz 1954 ein enormes politisches Gewicht hatte. Es sei unbestritten gewesen, dass der ganze Sicherheits- und Verteidigungsapparat reorganisiert und der zivilen Gewalt untergeordnet werden müsse. Dazu habe auch die Auflösung der Präsidentengarde gehört, die in den Augen der Öffentlichkeit eine wesentliche Rolle bei der Subversionsbekämpfung gespielt habe. Aus heutiger Sicht habe man dabei das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Angesichts der Dringlichkeit, die Armee unter Kontrolle zu bringen, seien zuerst die Armeebestände reduziert, dann die verbliebenen Truppen neu verteilt und erst am Schluss das Thema einer neuen Militärdoktrin in Angriff genommen worden. Die Entmachtung der Armee ist laut Stein einer der wesentlichen Erfolge, die man erzielt habe. Darin stimmen auch die meisten guatemaltekischen Gesprächspartner und ausländische Beobachter überein. Im Verlaufe der letzten 10 Jahre sind die Truppenbestände um etwa zwei Drittel reduziert und der Militärbudget entsprechend nach unten angepasst worden, ohne dass die Generale es wagten, sich querzulegen.

## . . . korrupte Polizei

Allerdings habe die Reorganisation der Armee auch ihre Kosten gehabt, sagt Stein. Früher sei der Staat via Armee überall präsent gewesen. Das sei heute nicht mehr der Fall, was zu einem Sicherheitsproblem führe. Im Vergleich zu El

Salvador und Nicaragua seien die Trennung der Polizei vom Einfluss der Armee und der Aufbau einer neuen Zivilpolizei in Guatemala ein viel schwierigerer Prozess gewesen. Die Polizei leide schwer unter Korruption und mangelnder Erfahrung. Es gebe viele Gruppen im Staat, die kein Interesse an einer effizienten Polizei hätten. Dazu gehörten in erster Linie das organisierte Verbrechen und kriminelle Banden, sagt Stein.

Früher habe man sich gegenseitig verschiedener Ideen wegen umgebracht, heute genüge ein Handy als Grund, um zu schiessen, sagt ein guatemaltekischer GTZ-Mitarbeiter und benennt damit das wohl grösste Problem Guatemalas, nämlich die ausser Rand und Band geratene Kriminalität. Auf 100 000 Einwohner entfallen hier jährlich 35 Morde, eine der höchsten Raten in Lateinamerika. Nicht nur Bandenmitglieder, die sich um Einfluss und Terrain streiten, leiden unter der Gewalt. Inzwischen sind Bürger aller sozialen Schichten von Überfällen, Entführungen und täglicher Delinquenz betroffen. Dazu kommen immer wieder politisch motivierte Morde.

## Organisiertes Verbrechen

Kenner der Materie wie etwa Frank La Rue, der angesehene Menschenrechtskämpfer und jetzige Berater der Regierung in dieser Materie, führen die Gewaltwelle auf die Existenz illegaler bewaffneter Organisationen zurück. Diese seien entstanden aus Überresten der alten Armee und Polizei und stellen eine echte Bedrohung für das Überleben der wenig stabilen Demokratie dar. Innerhalb der letzten zwei Jahre seien nicht weniger als 13 Richter und Untersuchungsbeamte ermordet worden. Er schätzt die Stärke dieser gewalttätigen Gruppen auf 15 000 Mann, die im Auftrag von Drogenhändlern, Schmugglern und anderen dunklen Hintermännern die schmutzige Arbeit erledigten. Man vermutet auch, dass diese Organisationen bereits die gefürchteten Jugendbanden, die Maras, für ihre Zwecke einsetzen und Auftragsmörder dängen.

## Ex-Präsidentschaftskandidat Humala in Peru angeklagt

Lima, 28. Dez. (ap) Wegen einer Revolte ultranationalistischer Sicherheitskräfte vor zwei Jahren ermittelt die peruanische Justiz auch gegen den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Ollanta Humala. Wie ein Sprecher des Innenministeriums am Mittwoch mitteilte, gab Richterin Patricia Overlijs einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft statt und beschuldigte Humala der Verwicklung in die Stürmung einer Polizeiwache im Januar 2005, bei der Humalas Bruder Antauro das Kommando geführt hatte. Sechs Personen kamen dabei ums Leben. Humala selbst war zu der Zeit Militärattaché in Südkorea, er sieht sich jedoch Vorwürfen gegenüber, als «geistiger Urheber» in die Revolte gegen den damaligen Präsidenten Toledo verwickelt gewesen zu sein. Humala wurde bisher bereits als Zeuge in dem Fall befragt, sein Bruder Antauro wurde unter Totschlagsvorwürfen in Haft genommen.

## Niederlage Haiders im Ortstafelkonflikt

*Gerichtsurteil zuungunsten des Kärntner Landeshauptmanns*

cer. Wien, 28. Dezember

Der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat am Donnerstag die vom Kärntner Landeshauptmann Haider angeordnete Anbringung von slowenischen Zusatzschildern im Kleinformat statt der höchstrichterlich angeordneten zweisprachigen Ortstafeln für gesetzeswidrig erklärt. Konkret geht es um die beiden Ortschaften Bleiburg/Pliberk und Ebersdorf/Drvesa vas. Jörg Haider hat durch diesen Gerichtsentscheid einmal mehr in seinem fintenreichen Bemühen, aus Kärnten ein einsprachiges Bundesland zu machen und so bei der deutschnational gesinnten Bevölkerungsmehrheit Kärntens zu punkten, eine Schlappe erlitten.

## Verletzung der Strassenverkehrsordnung

Das höchste Gericht hatte sich bei diesem Entscheid ausnahmsweise weder auf den österreichischen Staatsvertrag noch auf Minderheitenrecht zu berufen, sondern schlicht auf die Strassenverkehrsordnung.

Laut dem Gerichtspräsidenten Karl Korinek fordert das Strassenverkehrsgesetz in zweisprachigen Ortschaften klar die Angabe des deutschen und des slowenischen Ortsnamens auf ein und derselben Tafel, und zwar in gleicher Schriftgröße. Zusatztafeln seien durch das österreichische Strassenverkehrsgesetz nicht gedeckt. Haider liess die kleinformatigen Zusatzschilder anbringen, um auf diese Weise die untergeordnete Bedeutung der slowenischen Minderheit im Vergleich zur deutschsprachigen Mehrheit zum Ausdruck zu bringen.

Am Zug wäre nunmehr die Bezirkshauptfrau des Kärntner Bezirks Völkermarkt, Christine Hammerschlag, die sämtliche gesetzeswidrigen Tafeln durch gesetzeskonforme Schilder ersetzen müsste. Es ist allerdings vorzusehen, dass diese Aktion am Widerstand des zuständigen Kärntner Verkehrslandesrates Gerhard Dörfel scheitern wird, der wie Haider dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) angehört. Schon hat sich auch der BZÖ-Vizevorsitzende Stefan Petzner zu

Wort gemeldet und gegenüber der Nachrichtenagentur APA erklärt, der Name Korinek stehe für «juristischen Dreck»; die ursprüngliche Ausdrucksweise in Fäkalsprache hat Petzner inzwischen zurückgezogen.

## Deutliche Worte des Gerichtspräsidenten

Der Gerichtsvorsitzende Korinek selbst hatte vor zwei Wochen, als ihm durch Bundespräsident Fischer ein hoher Orden verliehen wurde, deutliche Worte für Jörg Haiders Ortstafel-Tricksereien gefunden. Der Versuch, den Rechtsstaat lächerlich zu machen, sei selbst zur Lächerlichkeit geworden, sagte Korinek. Es sei bedauerlich, dass in den letzten Jahren in Einzelfällen bewusst Verfassung und Recht gebrochen worden seien. Korinek erklärte, die österreichische Rechtskultur und damit die Identität der Nation seien durch Intoleranz, Gesprächsverweigerung und «Primitivität» – also durch Polemik und persönliche Verunglimpfung – gefährdet.